

mährend des Krieges in der Tasche behalten und heute dafür 3000 Mark für ein Zehnmarkstück erhalten. Diese Handlungswiese ist gleichbedeutend mit einer Bestrafung der Armen, die ihre Notgroßen auf dem Mark des Vaterlandes geopfert hätten und nun mit Hunger und Elend dafür belohnt würden. Jenes nichtswürdige Gesindel, das aus kluger Berechnung die Goldstücke in der Tasche behielt, müßte sich jetzt an der Not der Vermissten.

Stresemann geistliche auch noch in bemerkenswerter Freimütigkeit die Geißel des Bürgerkriegs, das sich von jeder kommunistischen Forderung das Schlimmste bieten lasse, ohne den Mut zu finden, selbst einmal auf die Straße zu gehen und Nacht gegen Gewalt zu sehen. Er erinnerte an das Darmstädter Verbrechen, an das Verbot der Schwarzweiss-rotten Fahne, an das Verbot des Jungdeutschen Erbes, der Reichsvereinsvertragsungen und manches andere, das mit dem Schutzgesetz der Republik nichts zu tun habe. Minutenslanger rauhender Beifall lobte den völkischparteilichen Führer für die von echt vaterländischem Geist getragenen Ausführungen.

Gewerkschaftliche Grundsätze über Streiks.

Dem Gewerkschaftsorgan in Leipzig hatte u. a. ein Entwurf über die Führung von Betrieben zur Verfügung vorgelegen. Zu Vorkommnissen und Streiks in gewerkschaftlichen Betrieben war es indes nicht gekommen, weil, wie bei der Verküpfung der Versammlung in schärfster gegenüberstehenden Parteien nicht anders zu erwarten war, eine Einigung über diese für die Gewerkschaften allerdings sehr heisse Frage nicht möglich war und man einen Widerstandsbeschluss faßte. Vielmehr wurde der Bundesausschuß mit der Abfassung von „Regeln“ betraut, die namentlich in einer, wie es heißt, ergebnislosen Fassung vom Korrespondenzblatt des D. G. B. veröffentlicht werden.

Das sehr umfangreiche, nicht weniger als 20 Absätze umfassende Schriftstück läuft letzten Endes auf eine bürokratische Regelung der Streikbewegung hinaus. Es verrät das an sich anerkennenswerte Verlangen, Arbeitskämpfe schärfer als bisher unter die Aufsicht der Gewerkschaften zu stellen und den sogenannten wilden Streiks nach Möglichkeit den Boden abzugraben. Als Mittel dafür kommen im positiven Sinne in Betracht die bindende Vorfrist der jeder Streikbewegung vorausgehenden Abstimmung und im negativen Sinne die Ablehnung von Unterführungen für nicht nach diesem Grundgesetz eingeleitete und der Zustimmung der zuständigen Gewerkschaftsverbände entbehrende Streiks.

Darüber hinaus wird dann noch zur Regel gemacht, daß Verbände, in deren Bereich ein nicht ordnungsmäßig beschlossener und nicht genehmigter Streik ausgebrochen ist, verpflichtet sind, auf eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken. Für Streiks in gewerkschaftlichen Betrieben, d. h. in solchen, an denen mehrere Gewerkschaften beteiligt sind oder Gefahr laufen, mit hineingezogen zu werden, wird vorgeschrieben, daß die Führung der Bewegung der mit der Mehrheit der Mitglieder beteiligten Gewerkschaft zukommt.

Bis ins einzelne gehende Regeln legen fest, welcher Anzeigenweg für die Einleitung, Durchführung und Ausdehnung des Kampfes jedesmal einzuhalten ist. Ueber das Verhalten gegen fremde Berufsgruppen, d. h. wohl Gewerkschaften anderer Richtung, wird gesagt, daß sie nicht gegen ihren Willen zur Beteiligung an einem Streik genötigt werden dürfen. Der Vorbehalt, daß diese fremden Berufsgruppen nicht durch ihr Weiterarbeiten den Ausgang des Streiks ungünstig zu beeinflussen in der Lage sein dürfen, schwächt dies Zugeständnis allerdings wieder erheblich ab, so daß irgend eine greifbare Gewähr gegen die oft und mit Recht beklagten Bergewallungen Underschieden auch fest nicht gegeben ist.

Am besten über Absatz behandelt die Streiks in lebensnotwendigen Betrieben, als welche insbesondere genannt werden die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, die Kanalisation, das öffentliche Gesundheitswesen, das Postwesen, die öffentliche Verwaltung, die Sozialversicherung.

Zahlungsmittelnot und Verständnislosigkeit Berlins für die Bedürfnisse im Industriegebiet.

Von einem Industriellen.

Den durch die ungeheure Entwertung der Mark und die enormen Lohnsteigerungen bedingten außerordentlichen starken Bedarf an Zahlungsmitteln konnte bekanntlich die Reichsbank seit Anfang September nicht mehr befriedigen.

Die industriellen Unternehmungen, Bergwerke und Handelskammern wurden in Berlin wiederholt dringend vorstellend, um eine bessere Befriedigung des Industriegebietes mit Zahlungsmitteln zu erreichen, da die Werke aus Mangel an Zahlungsmitteln nicht mehr in der Lage waren, die Löhne auszuzahlen. Die Reichsbank hat zwar von August an ihre tägliche „Produktion“ an Papiergeld von 12 Milliarden auf 24 Milliarden Anfang September gesteigert. Augenblicklich dürften etwa vier Milliarden in kürzester Zeit acht Milliarden täglich „produziert“ werden können. Es ist zwar zu hoffen, daß damit in absehbarer Zeit der Bedarf an Zahlungsmitteln wieder gedeckt werden kann, falls keine weitere Verschlechterung der Mark eintritt. Gestellt werden muß aber, daß es nicht der Reichsbank und der Berliner Regierungsgewalten gemein wäre, rechtzeitig darauf aufmerksam zu machen, daß sie zum mindesten für eine geraume Zeit nicht in der Lage wären, den notwendigen Bedarf an Zahlungsmitteln zu decken und den Streiken des Industriegebietes nachzugehen, durch Ausgabe von Notgeld sich selbst zu helfen.

Nachdem nichts Derartiges geschehen war und die Kommunen und Werke namentlich infolge der ständigen Schwierigkeiten bei Auszahlung der Löhne zur Anfertigung von Notgeld gezwungen sind, glaubt man in Berlin noch besondere Bedingungen stellen zu müssen, wie Vorausbestimmung einer bestimmten Umlaufzeit für Notgeld und Hinterlegung eines Betrages in Höhe des auszugebenden Notgeldes bei einer anscheinend neugegründeten, jedenfalls ziemlich unbekannten Reichs-Kredit-Gesellschaft m. b. H. in Berlin. Andere Reichsbehörden machen auf Anweisung der Eisenbahnverwaltung und der Kohlenbergbau. Ueber Streiks in solchen Betrieben dürfen Beschlüsse erst dann gefaßt werden, wenn zuvor der Bundesvorstand des D. G. B. oder der Vorstand des Abzweiges benachrichtigt sind und ihnen eine angemessene Frist zur Vermittlung und gütlicher Beilegung belassen worden ist. Ferner ist dem Vorstand der Spitzenverbände von jeder Gewerkschaft ein Verzeichnis der für ihr Organisationsgebiet in Frage kommenden Notarbeiten vorzulegen, deren Ausführung in jedem Fall verlangt werden muß. Auch hat jede Gewerkschaft in ihren Satzungen für die Mitglieder die bindende Verpflichtung aufzunehmen, daß diese Notarbeiten auszuführen sind. Die Verbände sind verpflichtet, sich die erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung der Notarbeiten zu treffen. Mitglieder, die die Ausführung der angeordneten Notarbeiten verweigern, haben keinerlei Anspruch auf irgend welche Unterstützung, und ganz allgemein soll die Verweigerung dieser Arbeiten als grobe Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen zu gelten haben. Ob diese Bestimmungen genügen werden, die Interessen und die berechtigten Ansprüche der Allgemeinheit unter allen Umständen sicherzustellen und, wie die Gewerkschaften es wohl anstreben, die Technische Notfälle überflüssig zu machen, wird sich erst aus der Praxis erweisen.

Zum Achthunderttag.

In fast allen Städten des Industriegebietes ist es infolge der Entwertung des Geldes notwendig geworden, für den Wohnungsbau weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Um das fehlende Geld herbeizubekommen, bleibt nichts anderes als ein Zuschlag auf die Miete übrig. Bei der Aussprache über diese Frage wurde seitens der Interessenten immer von neuem wieder betont, daß eigentlich jene Kreise die Häuser bauen müßten, die die Arbeiter in unsere Gegend heranziehen, namentlich die Arbeitgeber, insbesondere die

von Berlin Schwierigkeiten in der Annahme des Notgeldes, indem sie auch ihrerseits wieder Bedingungen, z. B. Uebernahme einer Garantie bei Fälligkeiten stellen.

Diese „Bedingungen“ sind umso unverständlicher, als man in Berlin doch dankbar anerkennen müßte, wenn die freie Wirtschaft Deutschlands durch die Herausgabe von Notgeld sich bemüht, das Verlangen der Berliner dem Wirtschaftslieben weniger schmerzhaft zu machen. Werwunderlich muß auch annehmen, daß die Beträge in Berlin hinterlegt werden sollen, wo sie doch jederzeit für die Entlohnung wieder herbeiführenden Notgeldscheine zur Verfügung stehen müssen und die Schnelligkeit der Ueberweisung von Mitteln des Reichs an die Gemeinden doch hinlänglich bekannt sein dürfte.

Die Umlaufzeit von vornherein zu beschränken, dürfte zum mindesten unzweckmäßig sein. Jedenfalls ist man auch in Berlin nicht in der Lage, anzugeben, wann die Zahlungsmittel nun bestimmt beschieden sein werden.

In alledem dokumentiert sich wieder die absolute Verständnislosigkeit Berlins für die Bedange des weidlichen Industriegebietes, um von einer mangelnden Vorbeuge für die Vermeidung von Schwierigkeiten nicht zu reden. Die hiesigen Stellen haben leider augenscheinlich nicht genügend Einblick in Berlin, um den Berlinern die nötige Unterstützung zu bringen, welche Folgen eine derartige Zahlungsmittelnot haben kann. Erfreulicherweise ist es bisher ja noch einigermaßen ruhig abgegangen, indem es unter den größten Mühen den drückenden Organisationen gelang, die Zahlungen einigermaßen durchzuführen.

Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die hier genügend vorhandenen radikalen Elemente einen abermaligen Mangel an Zahlungsmitteln für die Lohnzahlungen zu ihren Gunsten ausnützen werden und ernste Unruhen unter der Arbeiterbevölkerung hervorrufen werden.

Großindustrie. Ganz abgesehen davon, daß die letztere schon zahlreiche gute Wohngelegenheiten in den letzten Jahren geschaffen hat, ist die vorgebrachte Schlussfolgerung irreführend. Die Arbeiter würden sehr gern weniger Arbeiter beschäftigen, wenn ihnen nicht durch den Acht Hunderttag ein Drittel Mehrarbeiter aufgezogenen würde als notwendig ist. Die ganze Wohnungsnotlage ist auf ein Missverständnis zurückzuführen, das nicht eingeführt zu werden sollte. Es ist nicht hierhergekommen sein, sondern dort gegeben sein, wo sie herkommen, auf dem Lande und im Osten. Gerade auch aus diesem Gesichtspunkt ist die Unwirtschaftlichkeit des Acht Hunderttages immer von neuem zu betonen. Ein Volk, das so verarmt ist, wie das deutsche Volk, kann sich den Luxus nicht leisten, vor 24 Stunden des Tages nur acht Stunden zu arbeiten.

Ruhrperlen.

Ein Möbelwagen rannte sich gestern an der schmalen Stelle der Bongardstraße so fest, daß dort acht Stunden der ganze Verkehr stockte. Wie wir hören, dürfen, um ähnlichen Unfällen vorzubeugen, fortan nur Wagen und Personen diese Stelle passieren, die einen Höchstdurchmesser von 60 Zentimeter haben. Der Einweiser mit Holzsägen bewaffnet achtet auf genaue Durchführung dieser Anordnung.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll, um die ungeheuren Kosten des neuen Bochumer Bahnhofes zu sparen, an dessen Stelle das alte Güterbahnhofgebäude nach dort transportiert werden. Die Antriebsmaschine wird am Nationalfeiertag, den 2. November 1922, stattfinden.

Der Zusammenbruch des Mittelstandes.

Von einem volksparteilichen Handwerksmeister.

Der Mittelstand spielt in Deutschland eine viel wichtigere Rolle, als in fast allen anderen Ländern der Welt. In diesen gibt es nur eine verhältnismäßig kleine Schicht von Führern, der eine unendlich große Zahl einer mehr oder weniger gut organisierten Masse gegenübersteht. Bei uns dagegen haben sich die Verhältnisse verhältnismäßig außerordentlich vorteilhaft dahin entwickelt, daß zwischen Führern und Geführten eine sehr ständige Schicht selbständiger bzw. in selbständigen Stellungungen befindlicher Existenzen sich bildet, die geistig und industriell sehr produktiv wirkt und in sozialer Beziehung die Gegenstände erfolgreich mildert und ausfüllt. Infolge dieser seiner Zwischenstellung hat der deutsche Mittelstand, gestützt auf eine jahrhundertlange Tradition und auf gute geistige und gewerbliche Ausbildung, in jeder Beziehung ganz außerordentliches geleistet. So daß man ihm einen ausgleichenden Anteil an der deutschen Volksgeschichte zuschreiben kann. Die Nachkriegszeit hat die Bedeutung des Mittelstandes noch klarer in Erscheinung treten lassen, da sich nach dem ersten Uebersturm des revolutionären Gedankens sehr bald die Notwendigkeit ergab, den Mittelstand, den man als unendlich beständig wollte und tatsächlich auch vielfach bei sich hat, wieder zu seiner alten Tätigkeit heranzubringen.

Diesem Mittelstande, der für Deutschland unendlich getan hat, droht Verderben. Vollständig ruiniert sind bereits die mittelständlichen Kleinrentner, die von ihrem Vermögen geschwiegen von ihren Zinsen, überhaupt nicht mehr leben können. Dem Verelendungsgang sehr nahe gekommen sind die Angehörigen der freien mittelfähigen Berufe (Schlichter, Gelehrte, Rechtsanwälte usw.), die ihr Einkommen der Selbstverwaltung nur unzureichend anzupassen vermögen. Weiter stehen vorläufig noch da die in seinen Leistungen befindlichen Angehörigen und die Beamten von Staat und Kommune; aber auch deren Einkommen bildet nur einen Bruchteil des Friedensstandes. Im gewerblichen Mittelstand liegen die Dinge so, daß die auf Einkommen aus Haus- und Grundbesitz Angehörigen fast ganz verelendet sind, ein Prozeß, dem das Handwerk bisher zwar entgangen ist, in dem es aber immer mehr hineingezogen wird, da es zwischen hohen Arbeitslöhnen und Materialkosten einerseits und der steuerlichen Belastung andererseits zerrieben zu werden droht.

Die schlimmsten Folgen der hier gekennzeichneten Entwertung werden sich erst in weiteren Jahren zeigen. In ihrer oft berührten Bismarckzeit wird die jetzige mittelständliche Generation trotz ihrer außerordentlichen Leistungen in der Lage, den Nachwuchs so zu erziehen, daß die Bildung der nächsten mittelständlichen Generationen gewährleistet ist. Die wird vielmehr, von einem kleinen Prozentsatz abgesehen, durch Herablassen ins Proletariat vollkommen verschwinden. Dieser Prozeß bedeutet nicht nur für Deutschland kulturellen und wirtschaftlichen Verfall, sondern auch Möglichkeiten sozialer Verrückungen.

Schulstreik in Bochum.

Im Hammer Bezirk Bochums tobte in diesen Tagen ein sehr ernstes Schulstreik, in dem die konfessionelle christliche Schule. Der Grund war die Einschulung der Weltlichen in das konfessionelle Schulsystem an der Keldiersstraße in Bochum. Neben anderen Unzutunlichkeiten hierbei, für die die christlich gesonnene Elternschaft ein etwas zu großes Entgegenkommen der Schuldeputation Bochums gegenüber den Weltlichen oder ties besser gegenüber der Sozialdemokratie erlitt, war wohl der Hauptgrund der Erregung der christlichen Elternschaft Bochums der wohlgegründete Verdacht, daß die Sozialdemokratie ihre

agitativen Stoffe für ihre weltliche Schule ausbeuten will mit einem Einetragen ihrer weltlichen Schiene in die bestehenden konfessionellen Schiene Bochums.

Beider hatte in den Entwicklungstadien dieser Erregung die städtische Schuldeputation Bochum den sehr ernsten Vorstellungen und Eingaben der christlichen Elternschaft des Hammer Bezirkes so wenig Beachtung geschenkt, daß bedauerlicher Weise eines schönen Tages im Hammer Bezirk der Schulstreik da war. So noch mehr, es bestand die große Wahrscheinlichkeit, daß Ende der vorigen Woche dieser Hammer Schulstreik sich zu einem Schul-Generallstreik für ganz Bochum auszuweiten würde, wenn nicht in letzter Stunde die Bochumer Schuldeputation etwas mehr Verständnis den Wünschen der christlichen Elternschaft entgegenbringe. Erfreulicher Weise ist dies nun dergestalt geschehen, daß man die Weltlichen in der bisher katholischen Haidenscheule unterbringen will, sobald sie für sich sind. Damit stellte sich die christliche Elternschaft zufrieden und brach den Schulstreik ab.

Der Streik selbst hat in diesem harten Kampf um die christliche konfessionelle Schule in Bochum ein erfreuliches Einverständnis zwischen katholischer und evangelischer Elternschaft gezeigt, ein Einverständnis, das in seiner Festigkeit und Geschlossenheit schließlich auch zur Erreichung des gezielten Zieles führte. Es wäre sehr erregend, wenn dieses Einverständnis zwischen bewußten evangelischen und katholischen Eltern in dem uns aufeinandergegangenen Kampfe um unsere gemeinsamen christlichen Erziehungsziele sich auch bei weiteren Kämpfen, die bei der bekannten sozialistischen Unzulänglichkeit sich nicht werden vermeiden lassen, bewähren würden. Im vorliegenden Kampfe haben sogar die Katholiken bereitwillig mit der gemeinsamen christlichen Sache willen eines ihrer ältesten katholischen Schulsysteme zur Verfügung gestellt, was rühmend anerkannt werden muß.

Uebrigens ist aber dem städtischen Schulregiment in Bochum allen Ernstes anzurathen, für künftige Fälle bei so leicht erkennbaren Vorzeichen der sozialistischen Agitationen rechtzeitig die Wünsche der christlichen Elternschaft so rechtzeitig Gehör und Nachachtung zu schenken, daß so diese Kampfmittel, wie ein Schulstreik, überhaupt nicht erst in Erscheinung treten.

X. J. Z.

Mus unseren Bezirken.

Gesamtkreisender Geheimrat Dr. Wehrmann Bochum.
Hauptgeschäftsstelle: Bochum, Bongardstraße 15 III
Fernsprecher 269.

Kreisverein Bochum.

Vorsitzender: Rektor Surmann, Bochum, Reichshof 14.
Geschäftsstelle: Bochum, Bongardstraße 15 III, Fernspr. 269.

Bochum 9. Stadtbezirk. Der Bezirksverein des 9. Stadtbezirks hielt am Sonntag, den 15. d. M. im Lokale des Wirtes Sethe seine Monatsversammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde in zentraler Aussprache die politische und wirtschaftliche Lage erörtert. Alsdann folgte der Vortrag des Herrn Droste über den Sieger Kartelltag, wobei namentlich die Rede des Kartellführers Dr. Stresemann gebührende Beachtung fand. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und führten zu einer anregenden Weiterberatung. — **Samstag 1. im Sonntag, den 15. Oktober, nachmittags 5 Uhr, fand bei Widern die Monatsversammlung unter Leitung des Vorsitzenden, Herrn Jahrgänger Brandt, statt. Herr Trautner-Berne berichtete in eingehender und wirkungsvoller Weise über den Kartelltag in Siegen. Die Ausführungen fanden dankbare Auf-**

nahme. Es folgte dann der geschäftliche Teil. — **Samstag 11. Die Mitglieder des Bezirksvereins hatten sich am gleichen Tage zahlreich im Vereinslokal Westermann versammelt. Der Vorst. Herr Riese, eröffnete und leitete die Versammlung. Nach eingehender Besprechung der politischen Lage wurde das Thema „Weltliche Schule“ erscheinend behandelt. Der Verlauf der Versammlung war sehr anregend. — **Samstag 12. Der Bezirksverein tagte am vergangenen Sonntag unter dem Vorst. von Herrn Steiger Schmidt im Vereinslokal Märker. Der Redner des Abends war Herr Dönges, der eingehend über den Siegerner Kartelltag berichtete. Nach einer regen Aussprache folgte der geschäftliche Teil. — **Sonntag 13. Der Bezirksverein tagte am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei von Herrn, Hermerstraße 230, seine Monatsversammlung ab. Die Mitglieder der Jugendgruppe werden ebenfalls um zahlreiches Erscheinen gebeten. — **Samstag 12. Die Mitglieder des Bezirksvereins tagten am Sonntag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Grafed, Wattenfeldstraße 6. Ein Redner wird über den Siegerner Kartelltag und die politische Lage sprechen. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erforderlich.********

Kreisverein Hattlingen.

Vorsitzender: Architekt H. Berner, Hattlingen, Laßstraße 9, Fernspr. 548.
Geschäftsstelle: H. Kämpfer, Hattlingen, Kreisstraße 12, Fernspr. 337.

Hattlingen. Am Montag November sprachen im Kreise Hattlingen die Abgeordneten Dr. Bremer und Winnefeld. — **Endenburger. Am Samstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale Müllmann, Versammlung. Am zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten.**

Kreisverein Hattlingen. Am 4. November d. J. veranstaltete die Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei Hattlingen in den Räumlichkeiten der Schulverwaltung einen Deutschen Abend. Nähere Bekanntmachung erfolgt durch die Tagespresse und schriftliche Einladung. — **Durchholz. Am Sonntag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale Sonnenhagen Versammlung. Früheren Hilde Hörner wird an diesem Abend einen Vortrag halten. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten. — **Hattlingen. Am Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung. Herr Korf-Herne wird einen Vortrag halten. — **Stiepel. Am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokale Hagenkamp Versammlung. Herr Kämpfer Hattlingen spricht über die Siegerner Tagung. Am zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. — **Holthausen. Samstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr, veranstaltete die Jugendgruppe einen Unterhaltungsabend bei Hofmann. Die älteren Parteifreunde von Bochum und die Jugendgruppen des Kreises Hattlingen sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.********

Kreisgemeinschaft der Jugendgruppen der D. V. P. des Kreises Hattlingen. Sitzung am Sonntag, den 22. Oktober, morgens 10 Uhr, im Lokale Hattler zu Hattlingen, Bahnhofstr. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Vorstandsmitglieder gebeten.

Kreisverein Gelsenkirchen.

Vorsitzender: Rektor Weber, Gelsenkirchen, Schulstraße 9, Fernspr. 2316.
Geschäftsstelle: H. Mehn, Gelsenkirchen, Hochstraße 78, Fernspr. 1976.

Kreisvereinsabg. Geheimrat Dr. Kunkel.
Nunmehr ist die Vortragsreihe des Abg. Dr. Kunkel festgelegt. Er spricht am Samstag, den 28. Okt., 7 Uhr abends, in Siegel; Sonntag, den 29. Okt., 11 Uhr morgens, in Wattenfeld im Wintergarten (Boorimann); Montag, Sonntag, den 29. Okt., 5 Uhr nachmittags in Gelsenkirchen-Mitte, Berensstraße 68. Alle Freunde der Partei sind willkommen, Karten sind bei den Vorständen und den Vertrauensleuten zu haben.

Frauentag. Donnerstag, den 23. Okt., 3 Uhr nachmittags, in Siegel, im Gemeindefaal (Kino). Rednerin: Anna v. Kuleska, M. des pr. Adts. Alle DDB-Frauen aus Stadt und Land sind eingeladen. Kaffee wird gereicht. Tassen und Lubrot mitbringen.